



Informationsbrief

Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

Nach der WTO-Konferenz von Doha: Entwicklungsrunde für den Norden?

Vom 9. bis 14. November 2001 fand unter strengsten Sicherheitsbedingungen und weitgehendem Ausschluß zivilgesellschaftlicher Opposition die 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha, der Hauptstadt des Golfemirates Katar, statt. Zwei Jahre nach dem Debakel von Seattle gelang diesmal der Versuch, eine neue Welthandelsrunde zu eröffnen. Allerdings wurde die endgültige Einigung über einige zentrale Elemente dieser Runde auf die 5. Ministerkonferenz ins Jahr 2003 vertagt. **Peter Fuchs** faßt die Ergebnisse von Doha zusammen.

Allen Beteuerungen über eine "Entwicklungsrunde" zum Trotz war der Verhandlungsmarathon in Doha, wie schon der konfliktreiche Vorbereitungsprozeß in Genf, von starken Gegensätzen zwischen Nord und Süd gekennzeichnet. Beim nächtelangen Ringen um die Themenpalette der zukünftigen Verhandlungen im WTO-Rahmen lautete die zentrale Frage: Wessen Agenda setzt sich durch? Die Europäische Union (EU) war mit ihrem Anliegen einer breit angelegten Welthandelsrunde angetreten, und auch die USA stellten, anders als in Seattle, ihre Differenzen zur EU-Strategie hintan. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer dagegen drängte koordinierter, selbstbewußter und deutlicher als vor zwei Jahren auf Konferenzergebnisse, die statt neuer WTO-Themen die Implementierungsprobleme des Südens mit den alten Abkommen der Uruguay-Runde sowie Schutz- und Marktzugangsinteressen in den Vordergrund stellen sollten.

Weit weniger spektakulär als früher konnte die WTO-kritische Allianz von NGOs, Gewerkschaften und Protestbewegungen diesmal ihre weitergehenden Reformvorstellungen und den Ruf nach ei-

ner Machteinschränkung der WTO präsentieren, da sie in Katar schon aufgrund der restriktiven Einreisepolitik auf eine kleine Schar von Aktivisten beschränkt blieb. Allerdings kam es zu dezentralen Protesten in Bangkok, Neu Dehli, Beirut, Paris, London, Berlin, Washington, Tokio und ungezählten weiteren Orten. **● Konferenzergebnisse:** Die schließlich erreichten Ergebnisse der Konferenz spiegeln die sehr ungleichen Machtverhältnisse in der Handelspolitik wider: *Erstens* wurde, weitgehend der von der EU angestrebten Agenda entsprechend, eine Abschlusserklärung (*Ministerial Declaration*) mit den Themen einer Runde neuer Liberalisierungsverhandlungen als „single undertaking“ mit dem angestrebten Endtermin 1.1.2005 verabschiedet. *Zweitens* konnten die Entwicklungsländer eine *Erklärung zum TRIPS-Abkommen und öffentlichen Gesundheitsschutz* durchsetzen, die für medizinische Notlagen das Recht der WTO-Mitgliedstaaten auf die Erteilung von Zwangslizenzen bekräftigt. *Drittens* wurde eine Entscheidung zu *implementierungsbezogenen Themen und Anliegen* gefällt, die in zumeist vager Diplomatenprache und ohne

weitreichende Zugeständnisse des Nordens eine Reihe von Anliegen des Südens benennt und eine Fortsetzung der "Implementierungsverhandlungen" vorsieht. *Viertens* gewährte die Doha-Konferenz den schon längere Zeit beantragten *Waiver* für das EU-AKP-Cotonou-Abkommen; ein Beschluß, den die AKP-Staaten mit ihrem Einverständnis zur neuen WTO-Runde teuer bezahlen. *Fünftens*, und sicherlich für die Zukunft der Handelspolitik von weitreichender Bedeutung, stimmte die Konferenz dem WTO-Beitritt Chinas und Taiwans zu, womit nach Abschluß der Ratifizierungsformalia im Dezember 2001 die Zahl der WTO-Mitglieder auf 144 anwachsen wird und mit China ein neuer mächtiger Player die WTO-Bühne betritt (s. Hinweis).

Neben den schon vereinbarten Review-Prozessen (z.B. des TRIPS-Abkommens) sowie den Verhandlungen zum Agrar- und Dienstleistungshandel (GATS) sieht die *Ministerial Declaration* Verhandlungen in den Themenfeldern Marktzugang für Nichtagrargüter, TRIPS (zu geographischen Herkunftsbezeichnungen), Streitschlichtung, WTO-Regeln (inkl. Anti-Dumping und Fischereisubventionen) sowie zu einigen bescheidenen Handel-und-Umwelt-Fragen vor.

Im Agrarbereich mußte die EU einer Formulierung zustimmen, die für die Verhandlungen das Ziel eines Auslaufens von Exportsubventionen benennt ("to phasing out all forms of export subsidies"); allerdings wurde auf Druck Frankreichs der Hinweis hinzugefügt, das hiermit die Verhandlungsergebnisse nicht vorweggenommen werden sollen.

Ferner gaben sich die WTO-Mitglieder weniger verbind-

liche Arbeitsaufträge zu den Themen elektronischer Handel, Handel kleiner Ökonomien, Handel-Schulden-Finanzpolitik, Handel und Technologietransfer sowie zu einigen weiteren Handel-und-Umwelt-Themen. Von besonderer Brisanz blieben bis zuletzt die sog. Singapur-Themen, d.h. die Problemkomplexe Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerb, Handelserleichterungen sowie Transparenz in der Öffentlichen Beschaffungspolitik (s. auch W&E 01/97).

Obwohl die Mehrzahl der Entwicklungsländer im Vorfeld der Doha-Tagung ihre entschiedene Opposition gegen Verhandlungen zu diesen Themen erklärt hatten, gelang es der EU in den "Green-Room"-Verhandlungen der letzten Konferenznacht, einen Verhandlungsauftrag zu diesen vier Themen in den Abschlußtext aufzunehmen. Der Widerstand einiger Entwicklungsländer und vor allem die bis zuletzt entschlossene Weigerung Indiens, einen solchen Beschluß mitzutragen, führten schließlich dazu, daß die endgültige Entscheidung über die Verhandlung dieser Themen von einem expliziten Konsens über die Verhandlungsmodalitäten auf der 5. WTO-Ministerkonferenz im Jahre 2003 abhängig gemacht wurden.

Diese Kompromißformel zu den Singapur-Themen muß als weitreichender Erfolg der EU bei der Durchsetzung ihrer neoliberalen und auf Macht ausweitung der WTO abzielenden Politik gesehen werden. Zwar erlaubte sie auch den Vertretern Indiens, Malaysias und anderer die Gesichtswahrung, doch dürfte es sehr schwer werden, die sich hier abzeichnende Agenda einer "Entwicklungsrunde für den Norden" noch abzuwehren.

● Zwischen Jubel und Kritik: Die Reaktionen auf Doha rei-

In dieser Ausgabe:

Die WTO in Doha +++ Die Rolle der G20 +++ W&E-Update +++ Kernaufgaben des IWF +++ Welthandel und Regenwald +++ Die Moon-Sekte in der UNO +++ W&E-Infospiegel +++ Steiniger Weg nach Monterrey

chen vom Jubel und der selbstzufriedenen Analyse der EU bis zum entschiedenem Protest seitens WTO-kritischer Gruppen, die sich bereits im Dezember 2001 über ihre weiteren Strategien verständigen werden. Während die rot-grüne Bundesregierung nach Doha vollmundig vermeintliche Umwelt- und Entwicklungserfolge anpries, war der der Wirtschaft nahestehende US-amerikanische *International Trade Reporter* in seinem Fazit schon ehrlicher: "Die Gespräche wurden zu Beginn als eine Gelegenheit für Entwicklungsländer bezeichnet, ihr Anliegen einer faireren Behandlung in der globalen Handelsarena vorzubringen. Und es wurde in Aussicht gestellt, daß sie in Doha sogar einige Fortschritte in diese Richtung erreichen könnten. Am Ende aber scheinen es die Industrieländer, angeführt von den USA und der EU, zu sein, die im wesentlichen mit dem davongekommen sind, was sie wollten, während sich die Entwicklungsländer mit viel Gerede und einem Sieg in einem – wenngleich bedeutsamen – Bereich abfanden, dem der geistigen Eigentumsrechte der pharmazeutischen Industrie und öffentlichen Gesundheitsthemen." Immerhin, trotz weitgehender Ignoranz ihrer Demokratisierungs- und Reformanliegen kann die globalisierungskritische Bewegung einen Hoffnungsschimmer in die zukünftigen Auseinandersetzungen mitnehmen: So bezeichnet Mark Ritchie vom *Institute for Agriculture and Trade Policy* den gemeinsamen Sieg und die Kooperation von kritischer Zivilgesellschaft und Entwicklungsländern bei der Erklärung zu TRIPS und Gesundheit als wichtigste Entwicklung, die in Doha zu beobachten war. □

Peter Fuchs ist Mitarbeiter im Arbeitsschwerpunkt Handel und Investitionen von WEED.

Hinweis:

* Die wichtigsten Dokumente der Doha-Konferenz, die *Ministerial Declaration* (WT/MIN(01)/DEC/W/1), die *Declaration on the TRIPS Agreement and Public Health* (WT/MIN(01)/DEC/W/2) und die *Implementation-Related Issues and Concerns – Decision* (WT/MIN(01)/W/10), finden sich im Internet unter: www.wto.org

Die G20 in der globalen Finanzarchitektur:

Reform oder Auflösung?

Mitte November trafen sich in Ottawa nicht nur die Aufsichtsgremien von IWF und Weltbank, um ihre Jahrestagung nachzuholen, sondern auch die Gruppe der 20 (G20). Neben den G8-Ländern gehören ihr auch Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika und die Türkei an sowie jeweils ein Vertreter der EU und der Bretton-Woods-Institutionen. Trotz dieser Mitgliedschaft wird die G20 den Erwartungen an mehr Partizipation des Südens in der Finanzmarktdebatte nicht gerecht, argumentiert **Gerry Helleiner**.

Die G20 wurde unilateral von der G7 auf ihrem Finanzministertreffen im September 1999 aus der Taufe gehoben. Die Intention war klar. Die G20 wurde als Nachfolgerin der G22 betrachtet, welche von den USA im November 1997 angesichts der asiatischen Finanzkrise hastig und einseitig geschaffen worden war. (Zu deren Mitgliedern gehörten Hongkong, Indonesien, Malaysia, Polen, Singapur und Thailand, nicht aber Saudi-Arabien, die Türkei, die EU und IWF/Weltbank; ansonsten war sie genauso wie die G20 zusammengesetzt.) Mit der G7 als Sponsor und Kanada als Vorsitz besaß die G20 geringfügig mehr Legitimität als das ursprünglich von den USA initiierte gleiche Projekt. Es ging darum, im Gefolge der finanziellen Schocks der Mexiko-, der Asien- und der Rußlandkrise in der Zukunft mehr Länder in die Diskussionen (nicht in die Entscheidungsprozesse) über potentielle Finanzkrisen einzubeziehen. Vor Ottawa hatte es bereits zwei Ministertreffen der G20 gegeben: eines im Dezember 1999 in Berlin und eines im Oktober 2000 in Montreal. Es gibt weder ein Sekretariat noch irgendwelche Arbeitsgruppen der G20. Ihre Dokumente und Diskussionen bleiben vertraulich. Die Schaffung der G20 durch die von den USA geführten G7-Regierungen stellte insofern einen kleinen Schritt hin auf eine verbesserte *global governance* dar, als damit die Diskussion einiger internationaler Finanzfragen über die G7 hinaus erweitert wurde, bei der jedoch weiterhin die Entscheidungsbefugnisse verbleiben. Aber gemessen an einem adäquaten Prozeß globaler Finanz-Governance – der sowohl legitim als auch

effizient ist – behaupte ich, daß die G20 völlig versagt hat. Sie ist eine Mißachtung der ernsthaften und anhaltenden Bemühungen der Entwicklungsländer, mit Hilfe ihres kollektiven Sprachrohrs, der Gruppe der 24 (G24), die Zusammenarbeit mit der G7 und anderen Industrieländern im Sinne eines effizienteren und legitimierten Prozesses zu verbessern.

● Ignorierte Initiativen der G24:

Die Unterschiede zwischen dem, was die Entwicklungsländer mittels der G24 vorgeschlagen haben, und dem, was der G20-Prozeß bislang gezeitigt hat, sind beträchtlich. Die Entwicklungsländer – und zwar alle, nicht nur diejenigen mit potentiell systemischer Bedeutung – haben die Industrieländer spätestens seit 1994 zu einem ernsthaften Dialog über internationale Finanzreformen aufgefordert, und zwar außerhalb der restriktiven Rahmens der Bretton-Woods-Institutionen. Damals – im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag von Bretton Woods (vgl. dazu auch W&E-Sonderdienste 6-7/1993 ff) – veranstaltete die G24 eine äußerst konstruktive "technische" Konferenz und diskutierte über die Stärkung ihrer Rolle in den Institutionen.

Das Kommuniqué der G24 auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank 1994 (s. W&E 11/1994) basierte auf den Ergebnissen dieser Konferenz. In Reaktion auf den Aufruf der G7 zur Evaluierung der Bretton-Woods-Institutionen (auf dem G7-Gipfel im Juli 1994 in Neapel) rief die G24 dazu auf, diese Überprüfung im Rahmen eines repräsentativen intergouvernementalen Prozesses durchzuführen, und zwar nach dem Modell des *Committee of Twenty* aus den

70er Jahren. Die G24 beschloß, daß folgende Themen in den vorgeschlagenen Review-Prozeß einbezogen werden sollten:

- * die Rolle des IWF und der Weltbank bei der Gewährleistung der Konsistenz zwischen den verfolgten Wirtschaftspolitiken und dem ordentlichen Funktionieren der Weltwirtschaft;

- * die Funktionsweise des Wechselkurssystems mit Blick auf die Verringerung von Währungsvolatilität und Fehlbewertungen;

- * die Möglichkeiten zur Förderung effektiver Partizipation der Entwicklungsländer an den Entscheidungsprozessen der Bretton-Woods-Institutionen; in diesem Zusammenhang sollten auch die Funktionsweise der Vorstände von IWF und Weltbank, wie auch die Rolle, die Funktionsweise und die Zukunft des Entwicklungsausschusses und des Interimkomitees untersucht werden;

- * die angemessenen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Bretton-Woods- und den regionalen Währungs- und Finanzinstitutionen;

- * die angemessenen Formen der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen den Bretton-Woods-Institutionen und der Welthandelsorganisation (WTO).

In den Jahren 1995/96 gab die G24 ein Papier heraus, das die möglichen Arbeitsweisen einer solchen Review-Gruppe bzw. Task Force beschrieb, wobei auf die wichtigsten Erfahrungen des *Committee of Twenty* des IWF aus den Jahren 1972-74 zurückgegriffen wurde.

Gleichzeitig wurden auf offiziellem oder inoffiziellem Weg wiederholt informelle Eingaben der G24 an die G7 gemacht, und zwar beginnend mit dem Halifax-Gipfel 1995 (s. W&E 07-08/95), insbesondere über die Vorbereitungstreffen der Sherpas für die jährlichen G7-Gipfel. Es gab Positionspapiere und Ausführungen der G24 im Vorfeld der G7-Gipfel von 1996 und 1997, um wenigstens auf offizieller Ebene so etwas wie einen echten Dialog zu initiieren. Obwohl es manchmal ein bißchen Lärm um diese Initiativen in G7-Kreisen gab, erfolgte niemals eine förmliche Reaktion.

Im Gefolge der Asienkrise verabschiedete ein außerordentliches G24-Treffen im Beisein